

Frankfurter Zeitung

Verundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die gespaltenen 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., fünfzeilige 40 Pf., Restlinien die 20 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsleitung und Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Neue Promenade 19, Telephon-Nr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Mittelstraße 52 und Markt 24, Berlin-Hohho Leipzig Nr. 1009.

Dryugspresse:
Für alle monatlich bei zweimaliger Auflage von 7.500 auf vierzehntägig ab 1.4.1921 in 2000 monatlich ab 2.50 Mark, die 1.7.1921 auf einmalige Auflage übersteigt. Derzeitige Preise werden von allen Reichs-Verlagshandlungen angenommen. Im amtlichen Verlagsverzeichnis und in der Verlagsliste eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung des Verlegers. Verleger: Kurtz, der Schriftleitung Nr. 1140, der Druckerei Nr. 1133, 1135, der Druckerei Nr. 1133.

Nr. 588.

Halle, Donnerstag den 10. Dezember 1920.

Einselpreis 30 Pfg.

Das Grundsteuergesetz vor der Landesversammlung.

Forderung nach Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Bei der Besprechung der Aufnahme neuer Staaten in den Völkerbund ist es am Mittwoch in der Völkerversammlung des Völkerbundes in Genf endlich zu einer Aussprache von größerer Bedeutung gekommen. Zunächst haben sich Männer gefunden, die eine solche Aufnahme für möglich halten. Bei der allfälligen Aufnahme in den Völkerbund sind die Forderungen, die Deutschland zu machen werden müßte, der Völkerversammlung vorgetragen worden. Der Völkerversammlung ist es gelungen, die Forderungen in der Hauptsache zu befriedigen und die Aufnahme in den Völkerbund zu ermöglichen. Die Aufnahme in den Völkerbund ist ein Schritt, der die Aufnahme in den Völkerbund ermöglicht. Die Aufnahme in den Völkerbund ist ein Schritt, der die Aufnahme in den Völkerbund ermöglicht.

Der Cuzhavener Zwischenfall.

Der Reichsminister des Meeres hat dem Vorsitzenden des Internationalen Marine-Verbands Admiral Charlot, gestern folgende Note überreicht:

Im Namen der deutschen Regierung spreche ich das schärfste Bedauern über den unglücklichen Zwischenfall aus, der sich am 19. November in Cuzhaven ereignet hat, und ich bitte Sie, Herr Admiral, aus dem beidseitigen Offizieren selbst den Ausdruck meines Bedauerns übermitteln zu wollen. Zur Untersuchung des Vorfalls war eine besondere Kommission, bestehend aus einem Oberkriegsgerichtsrat als Verhandlungsleiter und zwei Stabsoffizieren der Marine als Beisitzer, an Ort und Stelle entsandt worden. Das bisherige Ergebnis der Ermittlungen ist in der anliegenden Denkschrift enthalten.

Wie ich daraus zu ersehen bitte, ist der von Ihnen ausgearbeitete Bericht, daß der Zeugschiffskapitän, Kapitänleutnant Reinecke, die Ausfertigungen gegen Mitfahrer der Internationalen Marine-Kontrollkommission zugelassen und sogar begünstigt habe, durch die Unterordnung widerlegt. Kapitän Reinecke hat alles, was ihm in seiner Eigenschaft als Postkommandant oblag, getan, um den Kontrolloffizieren die sichere und unbedingte Ausübung ihres Dienstes zu ermöglichen. Die Aussagen der Mannschaften bestätigen, daß sie bei ihm ebensowenig wie bei den anderen Offizieren Nachhilfe für ihre Ausfertigungen erwarten konnten.

Dagegen muß zugegeben werden, daß einige Truppenkommandanten und Offiziere ein Versehen triffen. Auch sie hatten zwar den besten Willen, sich an die Vorschriften zu halten, aber in Unachtsamkeit haben sie die Disziplin ihrer Truppen nicht alle Vorkehrungen getroffen und infolgedessen schuldig gemacht. Es werden deswegen gebührend zur Rechenschaft gezogen werden.

Ebenso wird mit der verdienten Strenge gegen die Mannschaften vorgegangen werden, die sich der unvernünftigen Befehle der Kontrolloffiziere schuldig gemacht haben. Aber die Bestrafung wird eine weitere Mitteilung enthalten.

Als Ersatz für die Beschädigung der Uniformen dieser Offiziere wird der Internationalen Marine-Kontrollkommission der Betrag von 20.577 Mark durch die Legation des auswärtigen Amtes überreicht werden.

gez.: Dr. Simons.

Die Notlage der Pensionäre.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß gestern mit dem Pensionierungsgesetz, das 50 Prozent Zulage vorsieht und etwa 1,3 Milliarden erfordert wird. Nach Mittelungen des Regierungsvorgänger würden die von den Demokraten, der Volkspartei, dem Zentrum und den Deutschnationalen geforderten Erhöhungen um 100 Prozent weitere 500 Millionen erfordern, die kaum aufgebracht werden könnten. Die Mehrheitsfraktionen beantragten eine Abschnürung der Ausgaben für die Pensionen. Demgegenüber führte der demokratische Abgeordnete Deilus aus, daß ein voller Ausgleich für alle Pensionisten gefordert werden müsse. Grenzen liegen sich nicht ziehen. Der Gedanke, Nebenrenten zu berücksichtigen, sei seinen Freunden sympathisch, wenn die Grenze nicht zu niedrig gezogen werde. Es wurde ein Unteranschlag gebildet, der die schwierigen Fragen nach den nächsten Jahren löst. Denn wurde der Haushalt des Reichsschatzministeriums beim Titel: „Deutsche Werke“ fortgesetzt. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der der Mißbilligung des Vertrags der „Deutschen Werke“ mit der Firma Kahn festgestellt wird, Kenntnis von dem schließlichen des Ausschusses angenommen und der Zustimmung Ausdruck gegeben wird, daß Fortsetzungen gegen Wiederholung solcher Dinge getroffen werden.

Die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.

Im Steuerauslaß des Reichstages legte am Montag der Reichsminister des Meeres den Reichsnotopfergesetz vor, das die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht. Der Reichsminister des Meeres hat dem Reichstagsausschuß den Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorgelegt. Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht. Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht.

Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht. Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht.

Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht. Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht.

Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht. Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht.

Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht. Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht.

Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht. Der Entwurf des Reichsnotopfergesetzes vorseht, daß die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vorseht.

Ministerialdirektor v. Laehr weist noch einmal in längeren Darlegungen nach, daß ohne die gleichzeitige Verabschiedung des § 1 eine ordentliche Steuererhebung nicht möglich sei. Die Vorkasse der Steuerbehörde gestaltet und Finanzgesetze werden können, wenn die Finanzämter nicht müßten, in welcher Höhe die Steuer vorangetragen werden sollte. Die Finanzverwaltung würde arbeiten, die Steuerheraushebungen, die aber die Steuererhebung lagern und die sie nicht überwinden könnte. Wenn die Dinge so weiter gingen, sei ein Zusammenbruch der Steuerverwaltung fast unvermeidlich. Die Finanzämter hätten eine Reihe von Steuern zu veranlagern und sollten nicht weiter gehemmt werden.

Hg. Seiffert stellt die bestimmte Frage, ob die Regierung ohne den § 1 die Notelle für wertlos halte und ohne § 1 nicht auskommen könne. Müller die Darlegung des § 1 verlangt, so läme vor Weichnachts das Gesetz nicht zustande.

Hg. Dr. Beder (Hess.) äußert sich ähnlich und bemerkt weiter, daß mit § 1 doch auch die Veranlagungsgrundlage jetztgegt werden müßten.

Ein Wechsel im Vorsth der Deutschen Volkspartei.

In seiner letzten Sitzung in Nürnberg hat der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann hatte das Amt des Vorsitzenden mit Rücksicht auf seine Arbeit als Vorsitzender der Reichstagsfraktion und als Vorsitzender der Gesamtpartei nicht belegen lassen. Ferner wurden durch Zusatz in den geschäftsführenden Ausschuss berufen: der Reichstagsabgeordnete von Karlsruhe, Ministerialdirektor Dr. von Staack und Frau Auguste Köhlmann.

Eine amerikanische Flottenbasis in Ostasien.

Paris, 16. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Die Wälder melden aus Tokio: In einer öffentlichen Versammlung bestätigte Berlin die Verhandlungen mit dem amerikanischen Botschafter bezüglich der Konvention in Ostasien. Es deutet an, daß die Vereinigten Staaten die Komplex anerkennen würden, wenn Japan in den Vertrag der Kamikawa einwilligen würde, deren die Vereinigten Staaten zur Errichtung einer Flottenbasis im Falle eines Krieges gegen Japan beizutreten. Diese Initiative beweist, daß die Völkervereinigung nach dem traktat, internationale Konventionen heranzubekommen, um im Frieden sitzen zu können.

Frankzösische Niederlage in Syrien.

Konstantinopel, 16. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Heber die französische Niederlage in Syrien wird aus Beirut gemeldet: Eine französische Abteilung, die ausgenutzt worden war, um von den unruhigen Elementen in der Umgebung von Aleppo die Waffen einzuziehen, sich auf ernsthaften Widerstand von Seiten der Rebellen. Von Norden, wahrscheinlich von Aleppo, kam ein türkisches Bataillon, das in der Gegend verweilt war, den Franzosen zu Hilfe. Das an Stärke unterlegene französische Bataillon mußte sich zurückziehen. Die französischen Besatzer bezifferten sich auf einige 20 Tote und etwa 40 Verwundete. Es sind sofort von Aleppo Verstärkungen entsandt worden, um die Umgebung zu säubern.

Das Betriebsbilanzgesetz vor dem Reichswirtschaftsrat.

9. Sitzung vom 15. Dezember.
Vorsitzender Eder u. Mann eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten und verliest ein Schreiben des Reichswirtschaftsrates, worin dieser einen selbständigen Etat für den Betriebsbilanzgesetz erneuert vorschlägt, weil das Gesetz nicht um eine endgültige Reichsentscheidung handelt. (Sitz. hört.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Betriebsbilanzgesetzes.

Der sozialpolitische Ausschuss beantragt, die Regierungsvorlage dahin zu ändern, daß nicht aus der Bilanz selbst die Geschäftslage der einzelnen Betriebe eines Unternehmens erkennbar sein muß, sondern daß diese bei Vorlegung der Betriebsbilanz erläutert werden muß.

Die Arbeitnehmer haben einen Änderungsantrag eingebracht, wonach der Inhalt der Betriebsbilanz die unmittelbare aus den Geschäftsbüchern gemommene Ergebnisse liefern sollten. Ein Uebertrag von Kapitalien aus dem Betriebs- in den Abschreibungsunterlagen und umgekehrt soll in einer besonderen Aufstellung nachgewiesen werden.

Als neuer § 1a soll eingefügt werden: „Zur Erläuterung der Betriebsbilanz dienen Kopialenzen, Inventuren, Kontostromen, sowie Bewertungsunterlagen der Vermögensgegenstände, ferner die Gliederung der Abschreibungen und Rückstellungen, der Betriebs- und Handelsauslösen und der Kapitalisationsunterlagen.“

Dr. Jiffen (Deutscher Gewerkschaftsbund) begründet diesen Antrag. Jeder habe mit den Arbeitgebern eine Einigung herbeiführen können. Wir besorgen uns darauf, daß die Arbeitnehmer tatsächlich Einblick in den Gang des Betriebes erhalten. Wir dürfen in diesem Zweck nur, daß der Umfang der Erläuterungen in einem besonderen Paragraphen festgelegt wurde. Aber auch das wurde runweg abgelehnt. Nun tragen die Arbeitgeber die Verantwortung für das Scheitern der Einigungsversuche. Die Arbeiter können auf ihr Recht auf Einblick in die Betriebsangelegenheiten nicht verzichten.

Gehilfenrat Dr. Schwarz (Preussische Zentralbodenreformgesellschaft): Wir wollen nur ein Ausübungsgesetz schaffen. Es muß zugunlichstenden Gesetz wird den Arbeitern Einblick in die Bilanz zugeprochen, Einblick in die Unterlagen der Bilanz oder dergleichen. Wir können also die Abweisen des Betriebsverwalters nicht erneuern. Der Reichstag hat ja gerade vermeiden wollen, daß die Betriebsgeheimnisse aller Welt offen gelegt werden. Wir müssen deshalb bei dem Entwurf § 1 a ablehnen.

Verbandsleiter Herrmann (Zentralverband der Angestellten): Wir sind die Kernorganisation angenommen. So wird ein Sturm der Entrüstung durch das Land gehen. Der Fragebogen des Betriebsratenteils enthält nichts, was einen Verrat des Geschäftsgeheimnisses bedeutet. Lieber hätte war der Fragebogen gar nicht gegeben oder vertraulich, sondern ich öffentlich herausgegeben worden von der freigelegten Betriebsratenteile des A. D. G. B. und der W. S. D. Das haben wir den Arbeitgeber „betraulich“ ihre Kollegen auf, die Beantwortung dieser Fragebogen zu verhindern. Wir wollen nur Einblick in das gesamte Betriebsvermögen des Reiches gewinnen, um festzustellen, wo die Allgemeinheit durch privatwirtschaftliche Unternehmern geschädigt wird. Der Sozialismus wird kommen. Wenn Sie uns nicht, ein Weg zur Gemeinwirtschaft zu finden, so werden wir ihn gegen Sie finden.

In der gemeinsamen Abstimmung ergibt sich, daß die Arbeitnehmer fast einstimmig für den Entwurf Dr. Jiffen stimmen, die Arbeitgeber dagegen. Verbraucher, Beamte und freie Berufe sind geteilt; die vom Reichstag und der Reichsregierung ernannten Mitglieder stimmen gegen den Antrag.

In der Abstimmung nach Köpfen, die in Form eines Sammeltages vor sich geht, wird der Antrag mit 128 gegen 109 Stimmen abgelehnt.

Der Entwurf wird sodann in der Fassung des sozialpolitischen Ausschusses mit Mehrheit angenommen.

Depeschenwechsel zwischen Ebert und Dr. Hainisch.

Wien, 16. Dez. Der Präsident des Deutschen Reiches hat an den Bundespräsidenten des Österreichischen Reiches folgendes Telegramm gerichtet:

Dem ersten Bundespräsidenten des deutschen Reiches sende ich den Bundespräsidenten des Österreichischen Reiches aus meiner heutigen schmerzlichen Notlage einer besseren Zukunft entgegenzusehen.

Ebert.

Präsident des Deutschen Reiches.

Der Bundespräsident Dr. Hainisch erwiderte:

Von ganzem Herzen danke ich Ihnen, Herr Präsident, für die mir anlässlich meiner Wahl zum Bundespräsidenten der Republik Österreich übermittelten Glückwünsche. Was in meinen Kräften steht, um meiner schwer geprüften Heimat zu helfen, wird stets geschehen. Die Anteilnahme unserer Stammesbrüder im großen Deutschen Reich, mit denen wir auf alle Seiten in unheiliger Kulturgenossenschaft verbunden bleiben, ist meinein Land und mir in ununterbrochener Notlage ein erhebender und tröstlicher Gedanke.

Hainisch, Bundespräsident von Deutsch-Österreich.

Preussische Landesversammlung.

197. Sitzung. Mittwoch, 15. Dezbr., 11 Uhr vormittags.

Zunächst wird der Haushalt der Preussischen Zentralgenossenschaft für den nächsten Finanzjahr durch den Präsidenten dieses Instituts Semper, in

Beethovens geschichtliche Sendung.

Von Privatdozent Dr. Hans Joachim Meyer (Halle).

(Nachdruck verboten.)

Die Bedeutung zu manchen Menschen geht den übrigen erst auf, sobald er nicht mehr unter ihnen weilt — erst die entscheidende Stunde, sein Leben an allen Ecken und Enden läßt offenbaren werden, was er selbst von sich selbst, was er getan und gewirkt hat. Man ersucht mich, die Aehnlichkeit mit Beethoven nicht mit seinem lebendigen Zuge aus unserer Mitte, im Gegenteil räumt der Postfall zu vieler Persönlichkeit, Körperliche, indische, Verdinglichen erst nach Schicksal und Trümmen aus dem Wege, damit kein Wert um so höher und reiner erstrahle und mächtige Wirkungen ausstrahlen könne. Und doch ist es eine ganz fröhliche Methode, die für den Augenblick einmal vorzuziehen, Beethoven ist irgendeiner Krankheit im letzten oder zweiten Lebensjahre erloschen — wie würde dann die deutsche Musikgeschichte seiner Zeit ausgefallen haben, welche Wege wäre dann voranschreitend die kontinuierliche Entwicklung der Folgezeit ohne ihn gegangen sein?

Eine ähnliche Fragestellung hat sich schon den Zeitgenossen des besten hundertjährigen Wirtes übertragen zweimal ergeben: 1809, als König Leopold von Belgien verstarb, Beethoven als Nachfolger eines berühmten Meisters zum Kaiser Hofkapellmeister zu machen. Da er sich nicht für diese hohe Würde für den nächsten Weg des Weges von Wien, den man in den letzten Jahren wegen seiner wachsenden Taubheit und der zunehmenden Schwerehörigkeit seiner Schöpfungen etwas über die Arbeit anzugehen beginnt hatte. Eine Fügung seines Schicksals, des Erbprinzessens Rudolf (dem die Witze seitdem gewidmet ist), taten sich mehrere hochbegabte Gesellenschafter zusammen, um dem verehrten Manne ein Hügel zu gedenken, das freilich durch den Kaiserbefehl vom 1811 bald gänzlich zusammenfiel, und boten in feierlichem Diplom, was notwendig sei, einem freien Künstler solchen Ranges zur Erhaltung der Schöpfensreihe höchste Not und Selbstgerechtigkeit zu tun.

den er weitestgehende Förderung des Genossenschaftswesens zusagt, angenommen.

Sehenswerth ist die zweite Beratung des Gesetzes festgestellt, betreffend:

die Einführung einer Altersgrenze für unmittelbare Staatsbeamte und Volksschullehrer und zwar mit den genannten Bestimmungen über den Zutritt zur Beamtenverwaltung eines Angehörigen 8. in dem vorausgesetzten, daß in den ersten zwei Jahren nach dem 1. April 21 für die Anwendung des Paragraphen 1 die Vollendung des 68. für die übrigen Teile des Gesetzes die Vollendung des 70. Lebensjahres maßgebend sein soll. Der Antrag wird mit 117 gegen 97 Stimmen bei zwei Stimmenthaltung abgelehnt.

Gleichfalls abgelehnt wird ein Antrag Meyer-Schürer (D. W.), auf besondere Rücksichtnahme auf solche Beamte, die nach vorangegangener Tätigkeit Kinder haben, die weiterer Antrag Meyer-Schürer will bestimmen, daß die auf Grund dieses Gesetzes in den Ruhestand versetzten Beamten und Lehrer für 1923 die Versorgungsbezüge in Höhe der Ausfertigungsgebühr erhalten, welche sie erhalten haben würden, wenn sie sich noch im Dienst befänden.

Abg. Meyer-Schürer weist darauf hin, daß für den Staat der finanzielle Effekt unbedeutend, für die Beamten aber bedeutend sein würde.

Von mehreren Seiten werden Bedenken gegen den Antrag angeführt, daß keine Angabe über die Höhe der Besoldung gemacht wird, nicht angenommen werden. Die Sachkommission ist nicht vorhanden, die Besoldung wird in der nächsten Sitzung der Reichsversammlung mitgeteilt.

— Vom Abg. v. Richter (D. W.) wird für die Schlußabstimmung namentliche Abstimmung beantragt.

Nachdem das Haus den Haushalt der Landesverwaltung nach der Ausschließung zu. Nach der Ausschließung sollen betreffende Einzelartikel-Einnehmerstellen für die Folge vorwiegend geeigneten dienstberechtigten Militärpersonen unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsverweigerer übertragen werden.

Ein Antrag Ludwig (L. W., rechts) auf Sozialisierung der arbeitsfähigen Bevölkerung wird abgelehnt.

Es folgt die

erste Beratung des Grundsteuergesetzes.

Finanzminister Widemann: Die steuerliche Beschränkung der Länder nötig ist zur Umstellung. Vor allem muß die Steuer auf Grundbesitz und Gewerbe ausgebaut werden. Die Schaffung neuer Steuern unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse der Gemeinden ist unumgänglich.

Die Gemeinden sollen durch die Ein- und zweifachen Ertragsteuern im Bereich des Gewerbes nicht überlastet werden. Die Beschränkung der Steuerkommune muß den Gemeinden vollständig überlassen bleiben. Nur die Grundsteuer kommt für die Heranziehung in Frage. Der Entwurf bedeutet eine vorläufige Regelung. Er unterscheidet nach Art der Leistungsfähigkeit und mindere Leistungsfähigen Grundbesitz. Zur ersten Gattung gehört der landwirtschaftliche Grundbesitz. Die Grundsteuer wird von den Kleinverleuten. Die Steuer setzt sich zusammen aus einem festen Betrag in Höhe von 1 Prozent des Wertes, für Kleinverleuten von nur 1/2 Prozent, und aus flächenspezifischen Beträgen in Höhe von 100 Prozent. Die Gemeinde mit 200 Morgen besitzhaftigt also auf 2 Prozent.

Die Besteuerung der letzten Jahre ist nicht überhöht, sondern ist eine Steuer viel höher als jetzt, als sie in Wirklichkeit ist. Die Steuer wird nicht im besonderen Grade mißverleuten, selbst wenn sie auf die Mieter abgewälzt würde. In diesem Falle würde die Mieterhöhung sich nur auf 10 Prozent beschränken. Höher besteuert sind nur die Luxuswohnungen. Im allgemeinen wird der Grundbesitz 1 Prozent des Wertes zu tragen haben. Die Verleuten haben durch die Ausgaben, denen sie zustimmen, die moralische Pflicht auf sich geladen, nun auch für die Deckung zu sorgen.

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dominicus (Dem.) gibt namens seiner Partei die Erklärung ab, die bereits an leitender Stelle unserer politischen Tagesausgabe veröffentlicht ist.

Abg. v. Dillen (Dn.): Die preussische Landesversammlung ist nicht mehr zur Beratung eines so weittragenden Gesetzes berufen. (Sehr wahr, rechts.) Die Reichsminister zur Begründung der Grundsteuer angeführt hat, stehen noch nicht fest. Wie will man den Preisabbau durchführen, wenn man auf die notwendigen Produktionsmittel der Landwirtschaft eine neue drückende Steuer legt! Ebenfalls ist es bei dem nächsten Grundbesitz.

Hier wird die weitere Aussprache über die Unterbrechung, um die Schlußabstimmung über das Altersgrenzengesetz vorzunehmen. Die Schlußabstimmung ergibt die Annahme des Gesetzes mit 138 Stimmen gegen 70 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Abg. Dr. Weidig (D. W.): Mit dem Gesetz ist keine Partei bedingungslos einverstanden. Die Regierung hat mit seiner Vorlegung einen schweren politischen und tatsächlichen Fehler gemacht. (Obel bei den Soz.) Die Vertretung durch den Finanzminister gibt Anlaß zu den schwersten Bedenken. Ich nehme sie nicht als Regierungserklärung, sondern schreibe sie der eigenen Unzulänglichkeit des Finanzministers zu. (Zürm bei den Soz., Zurm bei den Soz.) Die Haltung der Sozialdemokraten ist nicht wertlos. Die Reichstagsopposition sind. (Erneuter Zürm bei den Soz.) Doch ihren Ministern gegenüber gilt das Wort: Jurid. und rechtlich befreundet nicht mehr. Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir die Aufhebung der demokratischen Fraktion für das einzig Richtige halten, daß nämlich die Regierung den Gesetzesvorschlag zurückzieht.

Abg. Ailken (L. Soz. links): Wir lehnen die Grundsteuer ab, da sie unter dem Deckmantel einer direkten Steuer tatsächlich eine indirekte Steuer ist; wir wünschen aber weder die Verteuerung der Lebensmittel, noch die Verteuerung der Wohnungen. (Große Unruhe bei den Soz.)

Abg. Reid (D. W.): Wir würden dieser Steuer nur zustimmen, wenn sie tatsächlich dem Zwecke der Deckung der Staatsausgaben dienen würde. Diese Überzeugung haben wir aber nicht. Wir haben nichts dagegen, daß diese Steuer im Ausmaß ein Betrag bis erreicht.

Nachher erfolgt die Ueberweisung der Vorlage an den Hauptausschuss.

Donnerstag 1 Uhr: Nachen zum Staatsrat, Landesversammlung. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Abg. Schulte-Prestan (Zentr.): Eine Erhöhung der Einnahmen ist notwendig. Man kann aber die Deckung nicht in so einseitiger Weise bei dem Grundbesitz suchen. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung besonders wegen der Beschränkung des Hauses die Vorlage zurückgezogen hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauschild (Soz.) blüht deshalb grundbesitzlich den Gedanken einer erhöhten Grundsteuer.

Deutsches Reich.

Die Strafverfolgung Erzbischofs. Aus parlamentarischen Kreisen wird uns mitgeteilt, daß der Reichsausschuß entgegen der sonstigen Meinung die Strafverfolgung Erzbischofs genehmigt wird. Auch das Zentrum hat eine möglichst schnelle Klärung der Angelegenheit wünscht, wird nicht widersprechen. Die endgültige Entscheidung liegt natürlich beim Plenum.

Die Straßburger Regierungskommission ist unter Führung des Ministerpräsidenten im Ausschüsse des Reichsrates am 2. Dezember nach Straßburg abgereist, um Verhandlungen über die Wiederherstellung der Straßburger Diözese zu führen.

DU JARDIN & Co. G.m.b.H. URDINGEN * RH. LAROCHELLE (COGNAC-GRANDPRIX MARSEILLE)

Zu beziehen durch den Handel. — Bezugsquellenwechsels durch das Generaldepot für Mitteldeutschland. Herrn. Sasse, Magdeburg. Fernr. 809 u. 271. Telegr.-Adr.: Arminius.

